



Pet 2-19-15-2125-031655

13359 Berlin

Krankheitsbekämpfung

Der Deutsche Bundestag hat die Petition am 20.05.2021 abschließend beraten und beschlossen:

Das Petitionsverfahren abzuschließen,
- weil dem Anliegen teilweise entsprochen worden ist.

Begründung

Mit der Petition wird gefordert, nach dem Vorbild der militärischen Reserve eine medizinische und eine logistische Reserve einzurichten. Die Diskussion weiterer sinnvoller Personalreserven sei hiermit ausdrücklich angeregt.

Zu den Einzelheiten des Vortrags des Petenten wird auf die von ihm eingereichten Unterlagen verwiesen.

Die Eingabe war als öffentliche Petition auf der Internetseite des Deutschen Bundestages eingestellt. Es gingen 59 Mitzeichnungen sowie 12 Diskussionsbeiträge ein.

Zu diesem Thema liegen dem Petitionsausschuss weitere Eingaben mit verwandter Zielsetzung vor, die wegen des Zusammenhangs einer gemeinsamen parlamentarischen Prüfung zugeführt werden. Der Ausschuss bittet daher um Verständnis, dass nicht auf alle vorgetragenen Gesichtspunkte eingegangen werden kann.

Das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung stellt sich auf der Grundlage einer Stellungnahme der Bundesregierung wie folgt dar:

Die Corona-Pandemie stellt Deutschland vor bislang nicht gekannte Herausforderungen. Grundsätzlich sind in Deutschland die Länder zuständig in Fragen des



Gesundheitsschutzes, im Besonderen für den Infektionsschutz nach dem Infektionsschutzgesetz (IfSG). Das Ausmaß der Corona-Krise hat jedoch eine enge Zusammenarbeit des Bundes und der Länder und Abstimmung der notwendigen Maßnahmen erfordert.

So sind in Deutschland zu Beginn der Infektionswelle umfassende Maßnahmen getroffen worden, um die Infektionsrate so gering wie möglich zu halten und die Kapazitäten in der Gesundheitsversorgung an die Bedarfe anzupassen. Abstandsregeln, Hygienemaßnahmen, Maßnahmen zur Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD), zum Aufstocken der Kapazitäten in den Krankenhäusern, Einführung der Corona-Warn-App etc. sind beschlossen und umgesetzt worden.

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig ein funktionierendes Gesundheitssystem ist. Insbesondere ist die wichtige Funktion des ÖGD als dritte Säule neben der ambulanten und stationären Versorgung deutlich geworden. Der ÖGD leistet mit der Kontaktverfolgung, den Meldungen über Corona-Infektionen an die zuständigen Behörden sowie der Anordnung von Maßnahmen zur Eindämmung der Infektionen einen zentralen Beitrag in der Bekämpfung der Corona-Pandemie. Um personelle Engpässe, insbesondere bei der Kontaktverfolgung, zu vermeiden, hat die Bundesregierung umfassende Maßnahmen zur Stärkung des ÖGD ergriffen.

Während der ersten COVID-19-Welle wurden die Gesundheitsämter durch eigenes Personal aus anderen Arbeitsbereichen, Personal aus anderen kommunalen Behörden, Landesbehörden, von Hilfsorganisationen, der Bundeswehr und Freiwilligen unterstützt. Das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) fördert zwei Projekte, bei denen überwiegend Studierende geschult und zur Unterstützung der Gesundheitsämter bei der Kontaktpersonen-Nachverfolgung in Gesundheitsämtern eingesetzt werden. So wurden zur Unterstützung der Kontaktpersonen-Nachverfolgung durch das BMG über 100 mobile Teams (lageangepasste Einrichtung von Kontaktnachverfolgungsteams; insg. ca. 500



Personen) im Projekt "Containment-Scouts" (CS) des Robert Koch-Instituts (RKI) finanziert.

Die CS wurden entsprechend einer Bedarfsabfrage auf einzelne Gesundheitsämter verteilt. 263 Gesundheitsämter hatten Bedarf angemeldet. Die CS wurden in ihrer Wohnortnähe ausgewählt; die Rekrutierung erfolgte über das Bundesverwaltungsamt (BVA). Das BMG-Fördervolumen beträgt 11,25 Mio. €.

Die Freiwilligenbörse Medis4ÖGD, die der Bundesverband der Ärztinnen und Ärzte des ÖGD (BVÖGD) zusammen mit der Bundesvertretung der Medizinstudierenden in Deutschland (bvmd) gestartet hat, wird vom BMG mit bis zu 6 Mio. Euro unterstützt. Der Aufruf ging an Medizinstudierende; die Resonanz war überraschend groß. Die Vermittlung der Medis4ÖGD erfolgt über eine Internet-Plattform entsprechend der favorisierten Einsatzregionen. Bislang wurden ca. 300 Medis4ÖGD eingestellt. Die Einsatzdauer beträgt mindestens sechs Wochen. Es können neben Medizinstudierenden auch Studierende aus anderen Gesundheitsbereichen an dem Programm teilnehmen; auch ein Einsatz bei Behörden des ÖGD auf Landes- und Bundesebene ist möglich.

Gemäß einer Vereinbarung wird zudem am RKI dauerhaft eine Service-Einheit "Kontaktstelle Kommunaler ÖGD" eingerichtet. Durch diese ständigen Ansprechpartner soll die Kooperation zwischen RKI, Landesbehörden und Gesundheitsämtern gestärkt und dazu beigetragen werden, dass Maßnahmen schneller, praxisnäher und anwendungsorientierter umgesetzt werden. Zudem soll frühzeitig Unterstützungsbedarf des ÖGD erkannt werden.

Auch die seit Juni 2020 verfügbare Corona-Warn-App wird dazu beitragen, die Kontaktverfolgung zu verbessern und den ÖGD so zu entlasten.

Im Koalitionsausschuss wurde beschlossen, dass der Bund mit den Ländern und Kommunen einen "Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst" zur langfristigen Stärkung des ÖGD anstrebt. Der veranschlagte Finanzbedarf umfasst 4 Mrd. Euro.



In Rahmen des Paktes soll das ÖGD-Personal in der Gesundheitspersonalrechnung des Statistischen Bundesamtes erfasst werden; eine Personalmindestausstattung für ein Mustergesundheitsamt definiert werden; zusätzliche Stellen in den Gesundheitsämtern vor Ort für die kommenden 5 Jahre finanziert werden; konkurrenzfähige Bezahlung des ärztlichen Personals durch Tarifverträge des öffentlichen Dienstes und ggf. Zahlung von Funktionszulagen sichergestellt werden; ein Änderung der Approbationsordnung der Ärzte klarstellen, dass Famulaturen und Praktisches Jahr als praktische Teile im Gesundheitsamt abgeleistet werden können und Themen des ÖGD stärker in den Ausbildungszielen und -inhalten verankert werden; ein Förderprogramm des Bundes die technische und digitale Auf- und Ausrüstung unterstützen (Erstellung einer "Muster-Ausstattung" für Digitales mit gemeinsamen Standards zur Sicherstellung einer übergreifenden Kommunikation sowie der Interoperabilität); eine Beschleunigung und Vereinfachung von Meldeverfahren bei Infektionsgeschehen erreicht werden; die Kommunikation und Konzeptentwicklung zur Stärkung des ÖGD über alle Ebenen gestärkt werden.

Vor dem Hintergrund des Dargelegten vermag der Petitionsausschuss ein weiteres Tätigwerden nicht in Aussicht zu stellen und empfiehlt daher, das Petitionsverfahren abzuschließen, weil dem Anliegen teilweise entsprochen worden ist.